

Erfahrungen mit der Privatisierung von Wasser- und Abwasserdienstleistungen in England und Wales

1989 wurden die großen Wasser- und Abwasserbetriebe in England und Wales privatisiert. Zunächst wurde die dortige Privatisierung als Erfolg gehandelt. Dem dortigen Modell sollte ganz Europa folgen. Späterhin wurde in der Debatte um die „Liberalisierung“ im deutschen „Wassermarkt“ behauptet, dass die Privatisierungserfahrungen in England und Wales immerhin besser wären als ihr Ruf. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die Privatisierung in England und Wales auf Kosten der Versorgungssicherheit und der Qualität der Wasserver- und Abwasserentsorgung im völligen Desaster geendet hat. Nachstehend finden sich in chronologischer Reihenfolge die Notizen aus unserem BBU-WASSER-RUNDBRIEF von 1999 bis heute (die aktuellsten Meldungen zuoberst). Die Notizen erlauben ein Nachverfolgen, wie sich die Debatte um die Privatisierungserfahrungen in England und Wales entwickelt hat.

Blau gekleideter Massenprotest gegen Wasserkonzerne in England

In London haben Anfang Nov. 2024 tausende Menschen gegen die Gewässerverschmutzung durch Mischwasserüberläufe aus maroden Kanalisationen demonstriert. Lt. DLV vom 05.11.24 habe die Umweltorganisation „River Action“ von rund 15.000 TeilnehmerInnen gesprochen. Bei ihrem „Marsch für sauberes Wasser“ waren die Protestierenden vielfach in blau gekleidet. Der Zorn der Demonstrierenden richtete sich gegen die privaten Wasser- und Abwasserkonzerne. Diese hätten über Jahrzehnte hinweg die Kanalisationen auf Verschleiß gefahren (s. RUNDBR. 1221/2-4). Die DemonstrantInnen forderten unter anderem eine Reform der zuständigen Regulierungsbehörde Ofwat.

„Fäkalienkrise“ in England soll Laboursieg begünstigt haben

Die chronische Belastung der Küstenmeere rund um England und Wales und der dortigen Flüsse mit hygienisch gefährlichem Fäkalabwasser aus Mischwasserabschlägen hatte in der englischen Bevölkerung schon im Vorfeld der Unterhauswahlen für große Empörung gesorgt. Im Wahlkampf hatten Labour und die britischen Liberaldemokraten die „Fäkalienkrise“ immer wieder als Beispiel genannt, wie die Tories das Land heruntergewirtschaftet hätten – siehe:

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/faekalien-in-gewaessern-grossbritanniens-gesundheitsrisiko-und-wahlkampf-thema-19761992.html> (€)

WahlbeobachterInnen gehen davon aus, dass die Empörung über die „Fäkalienkrise“ am Rande mit dafür gesorgt haben könnte, dass die Labour-Party bei den Unterhauswahlen am 5. Juli 2024 einen „Erdrutschsieg“ einfahren konnte.

Elite-Rudern durch menschliche Fäkalien und Toilettenpapier

Ein ausführlicher Bericht im HAMBURGER ABENDBLATT vom 02.04.24 hatte die Hygienierisiken als Folge der Privatisierung der englischen Wasserwirtschaft auf die Ruderwettbewerbe der britischen Eliteunis auf der Themse thematisiert. Drei Mitglieder der Mannschaft aus Oxford

hätten sich bereits während der Trainingsrunden „schwere Magenkrankungen“ zugezogen. Der Verdacht liege nahe, dass das verseuchte Themsewasser die Ursache gewesen sei: „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bootsrennens ruderten durch menschliche Fäkalien und Toilettenpapier.“

Klassenkämpferisch eingestellte Kritiker aus der deutschen Wasserwerker-Szene hatten in Anspielung auf den versnobten Elitestatus der Studis in Oxford gelästert:

„Wenn einem die armen Schweine nicht leid täten, könnte man sagen, dass nun auch für die Upperclass manchmal am Kapitalismus etwas zum Kotzen gereicht.“

Neuer Umweltminister in London droht Konzernchefs mit Gefängnis

Bereits kurz nach dem Wahlsieg im Juli 24 hat der neue britische Umweltminister, Steve Reed, einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der den Chefs der Wasserkonzerne bis zu zwei Jahren Gefängnis an-droht – für den Fall, dass diese die Ermittlungen zur Aufklärung der „Fäkalienkrise“ behindern sollten. Für fehlbare Konzernvorsitzende soll es zudem ein Verbot von Boni geben. Zu einem entsprechenden Bericht in ZEIT-online am 05.09.24 gab es kritische User-Kommentare. Vielfach wurde die Androhung von maximal zwei Jahren Gefängnis bei mangelnder Kooperation mit den Ermittlungsbehörden als viel zu gering angesehen. Angesichts der notorischen Ableitung von Abwässern aus den Mischwasserentlastungen über Jahre hinweg müssten drastischere Strafen eingeführt werden. Ein User zitierte hierzu § 324 aus dem deutschen Strafgesetzbuch:

„(1) Wer unbefugt ein Gewässer verunreinigt oder sonst dessen Eigenschaften nachteilig verändert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.“

Alle User-Kommentare unter:

<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2024-09/grossbritannien-abwasser-gesetzesanderung-haftstrafe>

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1225 vom 10.12.124)

Englisches Trinkwasser: Ein Genuss für ausländische Investoren

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung in England befindet sich inzwischen zu über 70 Prozent in den Händen ausländischer Investmentgesellschaften. Das ergibt sich aus einer Analyse, die der GUARDIAN zusammengestellt und am 30.11.22 unter dem Link

https://www.theguardian.com/environment/ng-interactive/2022/nov/30/englands-water-the-worlds-piggy-bank?CMP=greenlight_email

veröffentlicht hat. In animierten Schaubildern zeigen die RechercheurInnen des GUARDIAN, welche externen Investoren Gewinne aus den großen Wasserunternehmen in England ziehen. Die Wasserver- und Abwasserentsorgung war unter der „Eisernen Lady“ gleich zu Beginn ihres neoliberalen Feldzugs in den 80er Jahren privatisiert worden. Die ehemals kommunalen Unternehmen waren damals zu 15 großen Gesellschaften zusammengefasst und an die Börse gebracht worden (s. RUNDBR. 827/3, 782/1-2, 777/1, 764/2-3, 580/2-3, 537/1). Die Unternehmen betreiben in der Regel sowohl die Trinkwasserver- als auch die Abwasserentsorgung in ihren jeweiligen Claims. Inzwischen stehen diese Unternehmen größtenteils unter der Kontrolle von Offshore-Investoren. Wie der GUARDIAN schreibt, sind die Besitzverhältnisse bei einigen der Unternehmen derart verschachtelt, dass der normale Wasserkunde in England gar nicht mehr erkennen kann, wer eigentlich in den USA, in Kanada, Hongkong, Australien oder in den Emiraten von seinem Wasserbezug profitiert. Der GUARDIAN kritisiert, dass das undurchschaubare Konglomerat an zwischengeschalteten Gesellschaften jegliche Transparenz der tatsächlich stattfindenden Geldflüsse verhindert. Die Argumentation der befragten Investoren läuft darauf hinaus, dass es mit den zwischengeschalteten

teten Unternehmen zu Gunsten der KundInnen einfacher und günstiger sei, für die notwendigen Investitionen in die Wasser- und Abwasserinfrastruktur die erforderlichen Kredite bereit zu stellen. Fazit: Lesenswert! Oder wie ein Aktivist von „Wasser in Bürgerhand“ kommentierte: *„Kapitalinteressen sind Kapitalinteressen, sind Kapitalinteressen ... usw. usw.“* Das finanzielle Engagement von angeblich seriösen Pensionsfonds in den englischen Wasserwirtschaftssektor habe nicht verhindert, dass es zu einem Verfall der Infrastruktur komme und die notwendigen Investitionen verschleppt würden – zu Lasten der Umwelt und der KundInnen (s. nachfolgende Notiz). Die nicht unerheblichen Strafzahlungen, die die englische Regulierungsbehörde OFWAT (s. RUNDDBR. 1045/2) gegenüber den privaten Wasserkonzernen ob ihrer umweltkriminellen Machenschaften verhängt, hätten an der rein renditeorientierten Geschäftspolitik der Wasserunternehmen nicht sonderlich viel geändert. *„Solange die CEOs zwischen 350.000 und 3 Mio. Pounds verdienen, no problem.“* Wobei – nebenbei bemerkt – die englischen Wasserkonzerne mittlerweile zu etwa 40 Prozent von Frauen geführt werden.

Englische Wasserkonzerne pumpen Abwasser immer noch ins Meer

Als man sich in Brüssel und Bonn um die Jahrtausendwende aufmachte, um zu schauen, wie man den englischen „Erfolg“ bei der Privatisierung der Wassergesellschaften auf den Kontinent übertragen könnte, wurde gegenüber skeptischen Zeitgenossen immer wieder betont: *„Die Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in England ist weit besser als ihr Ruf!“* Argumentiert wurde mit einer besseren Effizienz unter privater Führung im Vergleich zu verschnarchten Stadtwerkegesellschaften. Jetzt sind seit der Privatisierung im Jahr 1989 mehr als drei Jahrzehnte verstrichen. Wer aber derzeit die Suchbegrifflichkeit *„Englische Wasserkonzerne - Abwassereinleitungen ins Meer“* in eine Suchmaschine eintippt, findet u.a. beeindruckende Videos von wahrlich gigantischen, braun gefärbten Abwasserfahnen, die ins offene Meer hinausdriften. Die Ursache: Wenn es stark regnet, ist die marode Kanalisation in England vielerorts immer noch hoffnungslos überlastet: Über rund 15.000 Notentlastungen wird dann ein Gemisch aus originärem Abwasser und Regenwasser in Flüsse oder direkt ins Meer gepumpt. Die Folge: Strände müssen für Badegäste gesperrt und Surfer vor krankmachenden Abwasserfahnen im Meer gewarnt werden. Besonders schlimm war es im Jahr 2022 im Monat August, als über Dutzende von Stränden Badewarnungen verhängt werden mussten. Die Entschuldigung der Abwasserunternehmen: Es liegt am Klimawandel, der zu einer nicht mehr beherrschbaren Überlastung der Kanalisationen durch Starkregenereignisse führe. Angesichts der öffentlichen Empörung konnten die Umwelt- und Regulierungsbehörden in England diese Entschuldigung aber nicht länger akzeptieren. Zwar würden sich Michwasserentlastungen bei Starkregenereignissen nie vollständig vermeiden lassen – aber manche Notentlastungen würden bis zu 200 Mal im Jahr anspringen. Aufgeschreckt durch Protestaktionen der „Surfer against Sewage“ und andere Gruppierungen hatte die konservative Regierung im August 2022 versprochen, den englischen Wasser- und Abwasserkonzernen ein über die kommenden 25 Jahre gestrecktes Investitionsprogramm in Höhe von 56 Mrd. Pfund (66 Mrd. Euro) aufnötigen zu wollen. Damit sollen die im Zerfall befindlichen Kanalisationen saniert werden.

„Eine treffenderweise als [Top of the Poops](#) bezeichnete interaktive Internetseite führt zum Beispiel anhand der Daten der Umweltagentur und der Wasserwerke auf, dass im vergangenen Jahr in England und Wales 432.000-mal Abwässer eingeleitet wurden, davon 16.000-mal ins Meer und mehr als 400.000-mal in Flüsse. (...) Da an vielen Orten Messgeräte nicht funktionieren oder nicht einmal angebracht wurden, muss vermutet werden, dass die Einleitungen sogar noch umfangreicher sind“,

hatte DIE ZEIT am 23.08.22 unter

https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-08/grossbritannien-kloake-straende-abwasser-duerre?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

berichtet. Und dazu gab es dann auch gleich eine Unmenge von Kommentaren von LeserInnen. Aufgefallen ist uns vor allem der folgende User-Kommentar:

„Seit der Privatisierung haben die Firmen 76 Mrd. an Dividende ausgeschüttet. Wahrscheinlich bezahlt aus den 58 Mrd. Schulden, die sie aufgenommen haben. Dafür haben sie auch die Preise um 40% Prozent erhöht. Wie war das noch mit den Wasserwerken in Großbritannien? Wurden die nicht unter Thatcher privatisiert, damit privates Kapital für die nötigen Investitionen mobilisiert werden kann? Tja, sieht so aus, als hätten die privaten Eigner vor allem an Dividendenausschüttungen gedacht und das Investieren irgendwie vergessen. Wenn jetzt ein Investitionsstau von 400 bis 700 Milliarden Euro auffällt, dann weiß man auch ungefähr, wie viel Geld die Privatwirtschaft hier abgezweigt hat, ohne ihren Aufgaben nachzukommen.“

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1202 vom 02.04.2025)^

Der „Schlanke Staat“ und das Hochwasser in Nordwestengland

Ein lang andauerndes Hochwasser mit einer statistischen Eintrittswahrscheinlichkeit von seltener als ein Mal in 200 Jahren ($> HQ_{200}$) hat über Weihnachten 2015 Nordwestengland heimgesucht – und erneut die Schwäche der staatlichen Hochwasservorsorge im Vereinigten Königreich offenkundig gemacht. Tausende Häuser standen teilweise wochenlang unter Wasser und über 6.000 Haushalte bei Manchester und Lancashire waren zeitweise ohne Strom. Gummistiefel gab es nur noch für die Politiker, die sich in Gerhard-Schröder-Manier telegen beim Hochwassereinsatz filmen ließen. So hatte sich Premierminister David Cameron möglichst oft per Hubschrauber, in Gummistiefeln und in Fleecejacke in die Hochwasserregionen fliegen lassen. Dort sei ihm aber überall heftige Kritik entgegen geschlagen – wie schon zwei Jahre zuvor, als es in Südengland zu einem vergleichbaren Hochwasserdesaster gekommen war (siehe Kasten). Über Jahre hinweg hatte die konservative Regierung in London die Ausgaben für den Hochwasserschutz gekürzt. Die konservative Umweltministerin Liz Truss hatte trotzdem mit großen Zahlen um sich geworfen: Die Regierung sei dabei, schon beginnend ab 2014 in einer Sechs-Jahres-Periode 2,3 Milliarden Pfund in den Hochwasserschutz zu investieren. Britische Medien hatten sich allerdings darüber mokiert, dass Liz Truss vergessen hatte, zu erwähnen, dass dies deutlich weniger wäre als in der vergangenen Legislaturperiode. Der konservative Premier hatte zudem Vorwürfe zurückgewiesen, dass im Vergleich zum Süden des Landes im Norden weniger Geld für den Hochwasserschutz ausgegeben werde. Pro Kopf werde im Norden Englands mehr Geld für den Hochwasserschutz ausgegeben. Da aber im Norden England deutlich weniger Menschen wohnen als im Großraum London, wurde schnell deutlich, dass Cameron mit Halbwahrheiten argumentierte. Die Regierung verteidigte sich schließlich mit dem Argument, dass der Regen in der Vorweihnachtszeit *„alle Vorhersagen und alle Modelle übertroffen“* habe. Experten hatten in britischen Medien von einer Niederschlagsmenge gesprochen, die nur einmal alle 500 Jahre vorkomme. Demzufolge begründete die Regierung das Versagen der Hochwasserschutzanlagen mit dem Klimawandel. Dazu schrieb wiederum dpa in einem Bericht aus dem nordwestenglischen Notstandsgebiet:

„Es gehört freilich zu den Ironien der Politik, dass eine Regierung, der lange unterstellt wurde, dass sie Warnungen vor dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehe oder ihn gar leugne, jetzt die Erderwärmung als Ausrede für die unzureichende Vorbeugung gegen die Flutkatastrophe benutzt.“

Nicht das Hochwasser, der Staat ist der wahre Feind

Klimaschutz und Hochwasserschutz waren für die konservative Regierung lange Zeit nur „grüner Mist“, so der Wahlkampfberater von Cameron. Entsprechend ihrer neoliberalen Denke hatte die britische Regierung Personal- und Sachkosten für die Hochwasservorsorge und den Hochwasserschutz über Jahre hinweg eingespart. In den Augen der Neokonservativen ist nicht das Hochwasser, sondern der Staat der wahre Feind. Alles was der Senkung der Staatsquote dient, ist per se gut - selbst wenn die Folgekosten einer Hochwasserkatastrophe alle finanziellen Aufwendungen für Vorsorgemaßnahme bei weitem übertreffen. In Nordwestengland ist noch eines deutlich geworden: Große Hochwasserschäden hatte es in Neubauvierteln gegeben, die wegen niedriger Grundstückserwerbskosten voll im potenziellen Überflutungsgelände errichtet worden waren. Das sollten alle Bürgermeister und Gemeinderäte bedenken, die sich hierzulande lauthals über die Hochwassergefahrenkarten und die darauf beruhenden Bauverbote im HQ₁₀₀-Überflutungsbereich aufregen. -ng-

Hochwasser in England: Wer ist schuld?

Über die spezielle britische Diskussion zu den Ursachen des südenglischen Hochwasser-Desasters im Febr. 2014 hatte der Berliner Tagesspiegel am 15.02.14 berichtet:
„Wie das Wasser dringt auch die Schulddebatte in alle Ritzen. Schuld ist das Umweltamt, weil es zu viel für Vogelschutzgebiete und zu wenig für Wasserschutz ausgegeben hat. Schuld heißt, dass die Abwasserkanäle nicht genügend ausgebaggert wurden und das Wasser nicht abfließt. Schuld heißt aber auch, dass zu viel ausgebaggert wurde und das Wasser zu schnell abfließt und tiefer liegende Gebiete überspült. Schuld ist die Regierung, weil sie zu viel Geld für Entwicklungshilfe ausgibt und zu wenig fürs eigene Land. Schuld ist die EU, weil sie ausgebaggerten Schlamm als Industrieabfall deklariert und seine Entsorgung zu teuer macht. Schuld heißt aber auch, dass aus Platzmangel immer mehr Häuser in Überschwemmungsgebieten gebaut werden und jeder, vor allem am Oberlauf der schönen Themse, so nah wie möglich am Wasser wohnen will.“

Die gleichen Debatten sind an Weihnachten 2015 refrainartig wiederholt worden:

„Warum führe die Regierung beispielsweise zwölf Milliarden Pfund an Entwicklungsländer ab, wo doch die eigenen Steuerzahler der Hilfe bedürften?“, gab die FAZ die Kontroverse wieder. Bemerkenswerter Weise war dieser populistische Kritikpunkt nicht nur von der DAILY MAIL, sondern auch von Labour-Abgeordneten artikuliert worden.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1082 vom 28.03.2016)

Englische Wasserindustrie will Ziele der WRRL zeitlich strecken

Die großen Wasserkonzerne, die in der Trinkwasserver- und in der Abwasserentsorgung von England und Wales tätig sind, haben ein Memorandum veröffentlicht, in dem gefordert wird, die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vom Dez. 2000 mit weit mehr Augenmaß als bislang umzusetzen. Das Forderungspaket der britischen Wasserindustrie dürfte bei vielen Akteuren in der deutschen Wasserwirtschaft auf große Zustimmung stoßen – denn auch in Deutschland stöhnen nicht nur Landwirtschaft, Wasserkraftbetreiber, Bürgermeister und Teile der Industrie, sondern auch die Wasserwirtschaftsverwaltung selbst über die »Zumutungen« der

Wasserrahmenrichtlinie (s. RUNDBR. 811/2). Die Aktiengesellschaften in England und Wales arbeiten in der Lobby-Organisation „WaterUK“ zusammen. „WaterUK“ hat die Forderungen im Juni 2014 unter dem Titel **„A revision of the Water Framework Directive“** an die interessierte Öffentlichkeit, die britische Regierung und besonders an die EU-Kommission gerichtet. In der Analyse zur bisherigen und künftigen Umsetzung der WRRL schreibt „WaterUK“, dass es sich zunehmend abzeichne, dass kein EU-Mitgliedsstaat bis 2015 den von der Richtlinie vorgegebenen »guten Zustand« in seinen Gewässern erreichen wird. Und für das Enddatum der Richtlinie, also für 2027, könne man davon ausgehen, dass der Umsetzungsbegeisterung noch mehr als bislang die Puste ausgehen wird. Allenfalls *„eine Handvoll“* EU-Mitgliedsstaaten würde sich tatsächlich anstrengen, die Ziele der Richtlinie zu erreichen. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten würde die Umsetzungskosten in ökonomischer und sozialer Hinsicht ohnehin als völlig gesponnen einstufen. Deshalb mahnen die britischen Wasserkonzerne mehr Pragmatismus beim Erreichen der Ziele der EG-WRRL an. Insbesondere solle die EU-Kommission anerkennen, dass die Ausnahmeregelungen der Richtlinie breiter als bislang zur Anwendung gebracht werden müssten. Dies gelte vor allem im Hinblick auf den Klimawandel: Häufigere Extremwet-

**„Kommunalabwasserrichtlinie in
Wasserrahmenrichtlinie integrieren!“**

„WaterUK“ spricht sich in seinem Memorandum auch dafür aus, die EG-Kommunalabwasserrichtlinie in die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zu integrieren. Das mutet seltsam an, weil die Kommunalabwasserrichtlinie längst umgesetzt sein müsste. Die Forderung nach Integration in die WRRL ist ein Zeichen dafür, dass die privaten Wasserkonzerne beim Vollzug der Kommunalabwasserrichtlinie immer noch zwanzig Jahre im Verzug sind. (Mehr zu den EU-weiten Verstößen gegen die EG-Kommunalabwasserrichtlinie in den RUNDBR. 922/1-2, 822/3, 801/1, 625/3, 603/2-3 und 589/1-2.) Trotz der Rückstände beim Ausbau der kommunalen Kläranlagen führt „WaterUK“ in dem Memorandum die bisher erreichten Fortschritte in der Wasserqualität der Flüsse in England und Wales selbstredend auf die **Privatisierung der britischen Wasserwirtschaft** zurück. Die Privatisierung habe dazu beigetragen, dass Milliarden von britischen Pfund in den Gewässerschutz investiert werden konnten.

terschwankungen (s. 1031/2-3) würden befürchten lassen, dass sich das Erreichen des »guten ökologischen Zustandes« zunehmend schwieriger gestalten wird. Man müsse darauf achten, dass die finanziellen Ansprüche zur Umsetzung der Richtlinie nicht dazu führen, dass die Wasserkonsumenten mit unverhältnismäßigen Kosten belastet würden. „WaterUK“ zeigt sich besorgt, dass eine Überprüfung der Richtlinie dazu missbraucht werden könnte, die Anforderungen an die Wasserqualität noch weiter nach oben zu schrauben – ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Folgen. „WaterUK“ schlägt vor, die Bewirtschaftungszyklen nach 2027 weiterlaufen zu lassen. Der Umsetzungsprozess müsse zeitlich gestreckt werden. Nicht nur wie bislang vorgesehen drei jeweils sechsjährige Bewirtschaftungszyklen, sondern vier oder fünf oder noch mehr Zyklen sollten zugelassen werden. Eine Verlängerung der WRRL über 2027 hinaus würde es u.a. ermöglichen, weitere technische Entwicklungen abzuwarten, die den Gewässerschutz preisgünstiger machen könnten. „WaterUK“ plädiert ferner dafür, dass die EU-Landwirtschaftspolitik weitaus stärker als bislang auf die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ausgerichtet werden müsste. Besonders genervt zeigt sich „WaterUK“ von dem „one out, all out“-Prinzip der Richtlinie (s. 765/3-4). Gemeint ist damit, dass

man auf der Gewässergütekarte erst dann mit der grünen Farbe belohnt wird, wenn man ausnahmslos alle Anforderungen der Richtlinie erfüllt hat. Dieser Ansatz führt nach Auffassung von „WaterUK“ zu „*perversen Anreizen*“ – soll heißen: zum ineffizienten Mitteleinsatz. Das Memorandum von „WaterUK“ können interessierte RUNDBR.-LeserInnen herunterladen von

<http://www.water.org.uk/home/policy/positions/wfd-review>

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1038 vom 30.06.2014)

England zwischen Extremdürre und Jahrhunderthochwasser

„Land unter in England – Die Flutet weitet sich zur politischen Krise“ titelte die FR am 07.02.14 – und weiter:

„Seit Weihnachten leidet die Insel unter Dauerregen, Tausende von Hektar Land sind überflutet, ganze Landstriche in Seen verwandelt. In manchen Ortschaften in Somerset kommen die Dorfbewohner nur noch mit Booten voran. Mit dem Pegelstand ist auch der Unmut der Leidtragenden stetig gestiegen.“

Und DIE WELT berichtete am 04.02.14 aus den englischen Überflutungsgebieten:

„Der Januar 2014 war in Großbritannien der regenreichste seit 1767. Zahlreiche Ortschaften sind von der Außenwelt abgeschnitten. Die Politik reagiert kaum. Nur Prinz Charles hilft vor Ort.“

Bei der „*verbitterten Bevölkerung*“ (WELT) ist die Hochwasservorsorgepolitik und das Hochwassermanagement der britischen Regierung und der britischen Umweltbehörde (<http://www.environment-agency.gov.uk/homeandleisure/floods/default.aspx>)

in die Kritik gekommen. Insbesondere Umweltminister OWEN PATERSON von den Konservativen kommt nicht ungeschoren davon. Der Tory-Politiker gehört zu den Klimawandel-Skeptikern. Nach Meinung seiner Kritiker habe PATERSON viel zu lange den Ernst der Lage in den Überschwemmungsgebieten verkannt. Dort stehen die Landschaften teilweise schon seit Jahresbeginn 2014 unter Wasser. Premierminister DAVID CAMERON hat die schwersten Überflutungen seit 60 Jahren im Südwesten von England inzwischen auf den Klimawandel zurückgeführt. Nach dem schlechten Krisenmanagement seines Umweltministers sah sich CAMERON gezwungen, die Leitung des inzwischen fast täglich zusammenkommenden Krisenstabes selbst zu übernehmen. Schon 2012 hat die Regierung in London das Budget für die Hochwasservorsorge und den Hochwasserschutz auf ein Drittel zusammengestrichen. Der Sparkurs im Hochwasserschutz war bereits im Sommer 2012 heftig kritisiert worden – nachdem eine sommerliche Hochwasserflut eine monatelange Extremdürre beendet hatte. Aufgrund der Dürre 2011/2012 waren in Großbritannien groß angelegte Wasserüberleitungsprojekte geprüft worden. Die geschätzten Kosten für die großkalibrigen Wasserpipelines von Nord- nach Südengland hatten sich jedoch als gigantisch erwiesen. Der Vorzug wird seither der regionalen Vernetzung der britischen Wasserversorger gegeben. Eine von unserem britischen Mitarbeiter erstellte Analyse der englischen Wasserwirtschaft in Zeiten des Klimawandels können AbonnentInnen des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS kostenlos via nik@akwasser.de anfordern. Das siebenseitige Papier mit 32 Lit.-Hinweisen stellt nicht nur die prognostizierte Entwicklung von Wassermangel und Hochwasser dar. Analysiert wird insbesondere, wie die englischen Wasserversorger und die Umweltbehörde auf die Extremwetterlagen künftig reagieren wollen. Dabei spielen die Kosten-Nutzen-Analysen für die erwogenen Wasserüberleitungen eine große Rolle.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1031 vom 10.02.2014)

Privatisierung der britischen Wasserwirtschaft: "Eine Katastrophe"

"Die Geschichte der britischen Privatisierung ist nicht so einheitlich positiv, wie ihre Befürworter weismachen wollen. Es gibt unbestreitbare Erfolgsgeschichten. Es gibt Mißerfolge. Und es gibt eigentliche Katastrophen. Die Wasserversorgung ist eine davon", schreiben RENÉE GRUBER & STEFAN HOWALD in ihrer Analyse der Privatisierung der britischen Staatsbetriebe in der Schweizer WELTWOCHEN v. 3.4.97, S.43/43. Unter der Überschrift **"Zwischen Erfolg und Katastrophe"** schreiben die Autoren u.a.: *"Die Privatisierung des Wassers war nie populär. Von vornherein war klar, dass ein "natürliches Monopol" auch in privater Hand ein Monopol bleiben würde."* Den *"verhassten Wassergesellschaften"* schlug vor allem dann Widerstand entgegen, wenn sie sich daran machten, Wasserzähler in Mietwohnungen einzubauen.

"1992 wehrten sich in Birmingham die Bewohner von 3.000 Sozialwohnungen gegen die zwangsweise Installierung von Wasseruhren. Die Stadtverwaltung unterstützte den Protest, denn die ökologisch durchaus sinnvolle Verbrauchskontrolle wurde einseitig auf Kosten der sozial Benachteiligten eingeführt."

Teilweise militante Proteste gegen das Vorgehen der privaten Wassergesellschaften gab es auch in anderen britischen Regionen - wobei der Widerstand inzwischen von der NATIONAL CAMPAIGN FOR WATER JUSTICE (NCWJ) koordiniert wird.

"NCWJ wird heute in England und Wales von rund 400.000 Supportern sowie von 42 Interessengruppen getragen. Neil Fischpool, treibende Kraft von NCWJ, rechnet die sozialen Kosten der Privatisierung vor: Eine durchschnittliche Wasserrechnung pro Haushalt ist seit 1989 von 165 Pfund auf 239 gestiegen. Im Süden Englands stiegen die Kosten gar um 75 Prozent von 191 auf 335 Pfund. Durchschnittlich zahlt heute jeder Haushalt 45 Prozent mehr."

Wasser sei für manche Leute im durch 18 Jahren Torrey-Herrschaft zum Leichtlohnland heruntergekommenen Großbritannien *"zum Luxusartikel"* geworden.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 410 vom 25.10.2007)

EWERS nimmt private Wasserwirtschaft in England in Schutz

Da die privatisierte Wasserversorgung in England und Wales in der hiesigen Diskussion immer als besonders negatives Beispiel herangezogen wird, ist die "EWERS-Kommission" besonders darum bemüht, die Erfolge der Wasserprivatisierung auf der Insel hervorzuheben. Die "Gutachter" betonen (zu Recht), dass sich trotz der unsittlich hohen Gewinne der privaten Wassergesellschaften in der britischen Wasserwirtschaft vieles verbessert habe. Nachdem die öffentliche Wasserwirtschaft in Großbritannien zuvor völlig heruntergewirtschaftet worden war, gehörte allerdings auch nicht viel Geschick dazu, signifikante Verbesserungen zu erreichen. Gleichwohl müssen die "Gutachter" einräumen:

"Die Wasserqualität sowie das Umweltschutzniveau sind jedoch im Vergleich zu Deutschland nach wie vor niedrig. Es bestehen u.a. enorme Probleme mit Pestiziden in Grund- und Oberflächengewässern. Die Nachsorge (Aufbereitung) hat Vorrang vor dem vorsorgenden Gewässerschutz. Es gibt keine Wasserschutzgebiete" (S. 29).

Warum die britische Wasserwirtschaft unter öffentlich-rechtlicher Regie derart abgewirtschaftet hatte, führen die "Gutachter" auf *"eine Besonderheit des britischen Haushaltsrechts"* zurück: Eine direkte Kreditaufnahme durch öffentlich-rechtliche Leistungsträger war seinerzeit nicht möglich.

"Dies hatte zur Folge, dass die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen vor ihrer Privatisierung auf Zuweisungen aus dem Finanzministerium angewiesen waren, wobei sie sich in der Konkurrenz mit anderen öffentlichen Einrichtungen nicht ausreichend durchsetzen konnten" (S. 30).

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 641 vom 24.12.2006)

Englands Dürre:

Kampf um Wohnungswasserzähler

Während in der deutschen Wasserwirtschaft zunehmend über eine „Flatrate“ anstelle von verbrauchsabhängigen Kubikmetergebühren diskutiert wird (s. RUNDBR. 824/2-3), ist man in England genau auf dem gegenteiligen Weg. Dort wird bislang noch die „Wassergebühr“ pauschal und verbrauchsunabhängig nach Haus- oder Grundstücksgröße abkassiert. Angesichts einer zweijährigen Trockenzeit im Süden Englands wollen jetzt aber die privaten Wasserkonzerne auf breiter Front verbrauchsabhängige Wassergebühren einführen, um einen sparsameren Wassergebrauch anzureizen. Um aber kubikmeterbezogen die Wassergebühren einziehen zu können, muss die Mehrzahl der englischen Häuser lt. DLF v. 28.06.06 zunächst einmal mit Haus- bzw. Wohnungswasserzählern ausgestattet werden. Die britische Boulevardpresse polemisiert gegen die Zähler und bringt wöchentlich Beispiele, wo Zähler überteuert eingebaut worden sind und hinterher nicht mal funktioniert hätten. Und in Mittel- und Nordengland finden Wohnungswasserzähler ohnehin keine Akzeptanz, weil es dort - im Gegensatz zu Britanniens dürrem Südenosten - genügend regnet. Dort wird als Alternative zum kostenaufwändigen Einbau von Wasserzählern gefordert, zunächst einmal gegen Zahlungssäumige vorzugehen und konsequent die Wassergebühren einzutreiben. Denn zahlreiche Engländer ignorieren ihre Wasserrechnungen - egal ob sie pauschal oder verbrauchsabhängig veranlagt werden. In Argumentationsnöten ist die Labour Party, die früher gegen die Wohnungswasserzähler gewettert hatte, weil die verbrauchsabhängige Erhebung der Wassergebühren zu einer Benachteiligung von Familien führen würde. Jetzt muss sich die Labour Party angesichts drohender Wasserrationierungen aber wohl doch zum Einbau von Wohnungswasserzählern bekennen.

Englands Dürre: Wassersparappelle oder Rohrnetzsanierung?

Die vielfältigen Wassersparappelle der südostenglischen Wasserversorger stoßen in der Bevölkerung teilweise auf Hohn und Spott. Schließlich versickern aus dem Leitungsnetz von Greater London 30 Prozent des raren Trinkwassers. Die im Juni 2006 ausgewiesenen hohen Gewinner der privaten Wasserversorger scheinen den Argwohn vieler Briten zu bestätigen: Die Gewinnsteigerungen seien nur erzielt worden, weil die dringend notwendige Sanierung der Leitungsnetze verschleppt würde. Dabei hatte die konservative Thatcher-Regierung vor 15 Jahren die Branche mit der Verheißung privatisiert, dass man dank der Mobilisierung von privatem Kapital bei der Renovierung der Leitungen schneller voran komme (s. Fußzeilen auf dieser Seite). *„Stattdessen brüsten sich die Firmen heute mit der höchsten Dividendenrenditen an der Börse und Aktienkursen, die sich seit der Privatisierung verdoppelt oder gar dreifacht haben“*, monierte die St.Z. am 10.06.06. Jetzt drohe der RWE-Tochter THAMES WATER von der staatlichen Wasseraufsichtsbehörde (OFWAT) eine Geldbuße von rund 70 Mio. Euro, weil das Unternehmen die vorgegebene Rate bei der Leckagereduzierung nicht erfüllt habe. Dass die Regulierungsbehörde OFWAT tatsächlich eine Buße in dieser Größenordnung gegen THAMES WATER verhängen könnte, hält die St.Z. allerdings für unwahrscheinlich. Denn Insider würden nicht glauben, *„dass die extrem unternehmerfreundliche BLAIR-Regierung dies zulassen würde“*.

Gegen Englands Dürre:

Meerwasserentsalzungsanlage?

Die Verknappung der Süßwasserressourcen im Großraum London lässt das dortige Wasserversorgungsunternehmen laut über die Notwendigkeit von Meerwasserentsalzungsanlagen nachdenken. THAMES WATER lässt Pläne für eine große Meerwasserentsalzungsanlage ausarbeiten; Pläne, die aber bei Londons Bürgermeister keine Gnade gefunden haben. Argumentiert wird nicht nur damit, dass THAMES WATER zunächst einmal die hohe Leckage-

rate im maroden Leitungsnetz reduzieren solle. Befürchtet wird zudem, dass die Meerwasserentsalzung einen viel zu hohen Energiebedarf aufweisen würde. Die dadurch bedingte Kohlendioxidfreisetzung würde den Klimawandel noch verschärfen. Und den Klimawandel machen zahlreiche Engländer für die abnorme Trockenheit verantwortlich. THAMES WATER verteidigt sich gegenüber der Kritik mit dem Hinweis, dass das von dem Versorgungskonzern gewählte Verfahren der Meerwasserentsalzung mit einem Bruchteil der Energie herkömmlicher Meerwasserentsalzungsanlagen auskäme. Nicht nur wegen des Klimawandels, sondern auch wegen des zunehmenden Wasserbedarfs im Großraum London führe am Bau von Entsalzungsanlagen nach Meinung von THAMES WATER kein Weg vorbei. In der boomenden Hauptstadt müssten in den nächsten 20 Jahren drei Millionen neue Wohnungen gebaut werden. Dass THAMES WATER deshalb auch projektieren würde, Eisberge in die Themsemündung zu schleppen, hat das Unternehmen aber dementiert. Während Londons Bürgermeister die Meerwasserentsalzung rigoros ablehnt, hat er sich den Wassersparappellen der südost-englischen Wasserversorger angeschlossen. Er selbst gehe beim Wassersparen mit gutem Beispiel voran - und betätige nach dem Pipmachen nicht mehr die Klospülung. Schmeißfliegen habe er trotzdem noch nicht in seinem Klo beobachten können. Der Bürgermeister erinnerte zudem an die Vorgehensweise vieler englischer Gärtner, die ihren Urin zum Düngen des Gartens verwenden würden.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 827 vom 03.07.2006)

Britische Großstädte ignorieren EG-Kommunalabwasserrichtlinie

Die Effizienz der privatisierten Wasserwirtschaft in England und Wales lässt sich auch daran ablesen, dass urbane Zentren in Großbritannien immer noch nicht in der Lage sind, die Anforderungen der EG-Kommunalabwasserrichtlinie 91/271/

EEC von 1991 einzuhalten. Gegenüber Großbritannien moniert die EU-Kommission schon seit längerem, dass in London sowie in Torbay und Whitburn die Kapazität der Abwasserbehandlungsanlagen hoffnungslos überlastet sei. Relevante Mengen von unbehandeltem Abwasser würden direkt in die Oberflächengewässer geleitet. Die EU-Kommission hat deshalb am 4. April 2006 eine "begründete Mahnung" an das Vereinigte Königreich geschickt und auf eine umgehende Abstellung der Mängel gedrängt. Auf dem Weg zu einem Klageverfahren vor dem EU-Gerichtshof handelt es sich bei einer "begründeten Mahnung" um die zweite Stufe im Vertragsverletzungsverfahren. Eine erste schriftliche Mahnung war bereits im April 2003 und im Hinblick auf London im März 2005 an das Vereinigte Königreich gerichtet worden. Von dem Vertragsverletzungsverfahren ist auch Kilbarchan in Schottland betroffen. In Schottland arbeitet die Wasserwirtschaft im Gegensatz zu England und Wales noch weitgehend kommunal.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 822 vom 10.04.2006)

Britische Wasserkonzerne weiterhin umweltkriminell

Die Wasserunternehmen in England und Wales führten auch im Jahr 2001 die Hitliste der umweltkriminellsten Firmen in Großbritannien an. 17 Prozent aller schweren Fälle von Gewässerverunreinigung entfielen auf die privatisierte Wasserbranche. Wie bereits in den Jahren zuvor (s. RUNDBR. 586/1) kritisierte die britische Umweltbehörde Environment Agency die zu niedrigen Strafen für die Umweltsünder. Bei den Wasserunternehmen belegten UNITED UTILITIES (70.500 Pfund), ANGLIAN WATER (59.000 Pfund) und THAMES WATER

(57.600 Pfund) Spitzenplätze bei der Höhe der Bußgelder, berichtete EUWID-WASSER&ABWASSER am 20.06.2002.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 764 vom 01.06.2004)

Britannien: „Überraschend geringes Wettbewerbsbewusstsein“

„Bisher zeigen die gewerblichen Kunden ein überraschend geringes Wettbewerbsbewusstsein. Obwohl Großverbraucher nun schon seit zwölf Monaten den Anbieter wechseln können, werden nur wenige neue Verträge abgeschlossen,“

staunt das Marktforschungsinstitut Forst & Sullivan. Bei der Untersuchung der Entwicklung auf dem Wassermarkt in England und Wales zeigte es sich, dass *„nicht einmal 40 Prozent“* der von Frost & Sullivan (F & S) befragten gewerblichen Kunden bislang einen Wechsel des Anbieters zumindest in Erwägung gezogen haben. *„Den übrigen Unternehmen war zum Teil gar nicht bekannt, dass es überhaupt Wettbewerb in der Wasserbranche gibt.“* F & S erwartet allerdings, dass die geringe Wechselbereitschaft der Industrie- und Gewerbebetriebe künftig stärker ansteigen könnte - denn:

„Soweit sich die Verbraucher jedoch ihrer neuen Verhandlungsposition bewusst sind, begrüßen sie den Wettbewerb und erwarten sich Kostensenkungen, innovative Tarifstrukturen, mehr Sondervereinbarungen, maßgeschneiderte Lösungen, die auch Mehrwertdienstleistungen beinhalten, langfristige Planungssicherheit, verbesserten Kundendienst und höhere Qualität. Die Initiative soll dabei von den Anbietern ausgehen. Die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen zeigt sich offen für direkte Angebote von neuen Lieferanten.“

Allerdings konstatieren die Marktforscher von F&S derzeit noch eine *„anhaltende Unsicherheit bei Anbietern und Abnehmern“*. Die daraus resultierenden Hemmnisse führen dazu, dass es noch dauern könnte, bis *„die Kunden vom Wettbewerb profitieren können“*. Die F&S-Pressemitteilung vom Mai 2001 äußert sich nicht zur Frage, inwieweit die erhofften Wettbewerbsgewinne für die Großkunden zu Lasten der Haushaltskunden gehen werden (*„Großkundenprivilegierung“*) (vgl. auch Fußzeilen). Die Marktstudie **„Strategic Review Of The UK Water Industry“** (Report 3761) können RUNDBR.-LeserInnen für 5.000,- Euro bestellen bei

Forst & Sullivan - Herrn Stefan Gerhardt
Public Relations Manager
Klemensstrasse 9
60487 Frankfurt/Main
Tel. 069 / 77 0 33-11
Fax 069 / 23 45 66
stefan.gerhardt@fs-europe.com
http://www.frost.com

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 614 vom 05.06.2001)

Private Wasserkonzerne in England sind spitzenmäßig umweltkriminell!

Mit dem Verantwortungsgefühl der privatisierten Wasserunternehmen in England und Wales (s. Fußzeilen auf Seite 2!) scheint es bei der Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung nicht sonderlich weit her zu sein. Diese Vermutung drängt sich jedenfalls auf, wenn man folgende Notiz in EUWID-WASSER&ABWASSER vom 14.11.00 liest:

„Die Umweltstandards britischer Wasserunternehmen lassen nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht der nationalen Umweltagentur noch immer zu wünschen übrig. Bei den Umweltdelikten habe der Wasser- und Abwassersektor im Jahr 1999 landesweit an erster

Stelle gelegen, heißt es in dem Bericht. Gleich fünf Firmen aus diesem Bereich führten die Liste der schlimmsten Umweltsünder an. An der Spitze stünden dabei die Thames Water und Anglian Water mit jeweils acht Delikten, gefolgt von Welsh Water mit sieben Vergehen sowie Southern Water mit sechs und Northumbrian Water mit drei Vergehen. Die Mehrheit der Vorfälle sei durch Ausflüsse, übergelaufene Becken, minderwertige Reinigungsleistung von Aufbereitungsanlagen und schlechte Praktiken verursacht worden. Die Strafen, die britische Gerichte für Umweldelikte verhängten, seien mit durchschnittlich 3.500 Pfund (11.300 DM) im Jahr 1999 (1998: 2.768 Pfund) jedoch immer noch viel zu gering, kritisierte der Vorsitzende der britischen Umweltbehörde John Harman. Die niedrigen Bußgelder veranlassten die Industrie nicht zum Umdenken und stellten keinen Anreiz für höhere Investitionen in umweltschonende Technologien dar. Vielfach zahlten die Verursacher lieber ein Bußgeld als die Verschmutzungsursache zu beheben, gab Harman zu bedenken."

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 586 vom 19.11.2000)

"RWE-Konzern pumpt Milliarden ins Wassergeschäft" ...

... titelte die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND (FTD) am 21.9.00 zur bevorstehenden Übernahme des größten englischen Wasserversorgers durch den Essener Stromkonzern. Nachdem die Übernahme der "Umweltsparte" von VIVENDI durch den RWE-Konzern gescheitert war (s. RUNDBR. 552/2), hatten die Essener ihr begehrlisches Auge auf die weltweit expandierende THAMES WATER geworfen. Geliebäugelt mit einer Übernahme des englischen Wasserversorgers hatte man in Essen schon seit langem (s. 575/3) - Ende September 2000 wurde der Deal dann dingfest gemacht. THAMES WATER wird künftig für die gesamten Wassergeschäfte des RWE-Konzerns zuständig sein. Auch RWE AQUA wird in Zukunft über die THAMES WATER-Zentrale in Reading (westlich von London) gesteuert. Durch die Eingliederung von THAMES WATER in den RWE-Konzern avanciert RWE zum weltweit drittgrößten Wasserkonzern - hinter VIVENDI und SUEZ LYONNAISE. Besonders erfreut ist man im RWE-Vorstand, daß man mit THAMES WATER auch ein Standbein im US-Wassermarkt bekommt. In den USA ist THAMES WATER nämlich gerade dabei, sich mit der E'town in New Jersey für eine Milliarde US-Dollar einen der größten US-Wasserversorger einzuverleiben. E'town versorgt eine Million US-BürgerInnen mit Trinkwasser. Um THAMES WATER im Rahmen einer "freundlichen Übernahme" schlucken zu können, muß RWE rund 14 Mrd. DM auf den Tisch der THAMES WATER-Aktionäre blättern.

Britische Wasserkonzerne bekommen freundlicheren Regulierungschef

Die Übernahme von THAMES WATER nimmt man im HB v. 26.9.00 zum Anlaß, sich den englischen Wassermarkt näher anzuschauen. Spekuliert wird, daß auch andere Konzerne an weiteren Übernahmen in England und Wales interessiert sein könnten:

"Die anderen internationalen Wasserkonzerne müssen sich bei Kaufgelüsten beeilen, denn seit der Thames-Übernahme steigen die Kurse der englischen Versorger wieder an. Insgesamt sind die Versorger auf der Insel aber momentan günstig zu haben. Dies haben sie vor allem dem starken Einfluss der Londoner Regulierungsbehörde Ofwat, aber auch einem jahrelangen Missmanagement zu verdanken. Nach der vor 10 Jahren eingeleiteten Privatisierung versickerte in kaum einem anderem europäischen Land so viel Wasser in der Erde wie in Großbritannien. Inzwischen greifen die Ofwat-Regulierer zu harten Maßnahmen. So hat die Behörde im April die Wasserbranche zu Preissenkungen von 12 %

verpflichtet und gleichzeitig hohe Investitionen in das verkommene Wassernetz vorgeschrieben. Das drückt die Gewinnaussichten und sorgte für einen Rückzug der Investoren. Folge: Die Aktienkurse der Wasserbranche stürzten dramatisch ab."

Die Wassergesellschaften in Wales und England hoffen allerdings auf Besserung:

"Die Konzerne setzen auf den Ofwat-Chef Philip Fletcher, der vor zwei Monaten das Ruder bei der Wasseraufsicht übernommen hat. Fletcher gilt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ian Byatt, der einen harten Kurs gegen die Konzerne fuhr, als kooperativ."

(Mehr zur privatisierten Wasserwirtschaft in England und Wales kann in den RUNDBR. 537/1, 524/2, 510/2, 410/1-2 nachgelesen werden - siehe auch Fußzeilen!)

Nimmt die THAMES-Übernahme Druck vom BRD-"Wassermarkt"?

Einige Insider in der Gilde der deutschen Wasserwerker sind von der Übernahme von THAMES WATER durch den RWE-Konzern erleichtert. Sie vertreten die Auffassung, daß durch den Deal Konzentrationsdruck vom deutschen "Wassermarkt" genommen wird. Die fortwährende Litanei der Wirtschaftsliberalen, daß keiner unter den deutschen Wasserversorgern in der Lage sei, im weltweiten Wassergeschäft den ausländischen Wassermultis Paroli zu bieten, würde jetzt entkräftet. Zudem sei zu erwarten, daß sich auch der e-on-Konzern demnächst einen starken ausländischen Wasserpartner anlanden würde. Nachdem die kostspielige Fusion von e-on mit SUEZ/LYONNAIS DES EAUX Anfang Sept. 2000 gescheitert ist (s. www.ftd.de/eon-suez), verfügt e-on für den Aufkauf ausländischer Wassergesellschaften über eine prallgefüllte Kriegskasse. Es sei also damit zu rechnen, daß Deutschland demnächst über zwei Global Player im weltweiten Wassergeschäft verfügen wird. Der Zwang, durch eine "Liberalisierung" im deutschen "Wassermarkt" eine große Flurbereinigung zu erzwingen, würde durch diese Entwicklungen zumindest stark abgeschwächt. Andererseits kann man aber auch vermuten, daß sich die Aufkaufgelüste von RWE AQUA und "e-on AQUA" nicht nur aufs Ausland beschränken werden. In den RWE- und e-on-Zentralen wird man versuchen, die Einkaufstour auch im Inland fortzusetzen. Bei RWE und e-on vertritt man nämlich die Auffassung, daß man *"nur mit einer starken Heimatbasis"* Erfolge bei der Akquisition im Auslandsmarkt einheimsen kann.

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 580 vom 29.09.2000)

Die Welt ist schlecht - und wir sind schadenfroh. Grund der unziemlichen Schadenfreude: Das von den neoliberalen Chicago Boys vielgepriesene Modell der Privatisierung der Wasserwirtschaft in England und Wales steckt voll in der Krise. Nachdem die Wassergesellschaften über Jahre hinweg unsittlich hohe Gewinne erwirtschaftet haben, sind jetzt die Aktienkurse drastisch eingebrochen (s. RUNDBR. 527/1, 524/2). Überhaupt nicht erfreulich: Die Krise soll auf Kosten der Beschäftigten bereinigt werden. Nachfolgend zitieren wir nur unwesentlich gekürzt einen fast schon prosaischen Artikel aus dem HANDELSBLATT (HB) v. 14.12.99 ("Stausee der Tränen").

"Ernüchternde Halbjahresbilanz der Versorgungsbranche in Grossbritannien

Britische Wasserversorger gehen unter –

Firmen wollen Personal drastisch kürzen

Mit den üppigen Gewinnen der Vergangenheit haben die britischen Wasserversorger teure und riskante Expansionsabenteuer finanziert.

Die britische Wasserwirtschaft steckt in der Krise: Die Gewinne schrumpfen, die Aktienkurse sind im Keller. Die Branche will mit einem harten Stellenabbau Kosten drücken und im Ausland expandieren.

HB, London, 13.12.99 In der vergangenen Woche haben fünf Wasserversorger in Großbritannien einen drastischen Stellenabbau angekündigt. Zusammen wollen sie 3.200 Arbeitsplätze streichen, um die Auflage der Regierung, die Wasserpreise um rund 12 % zu

senken, erfüllen zu können. Insgesamt stehen ein Viertel aller Stellen der Branche mit 34 Unternehmen auf dem Spiel - und damit bis zu 10.000 Jobs. Die vorgelegten Zwischenbilanzen der fünf Wasserfirmen: Schrumpfende Gewinne, hohe Schulden, teure Expansionen im Ausland und vor allem die Einmischung der Aufsichtsbehörde Ofwat. Zum Wochenschluss brachen die meisten Kurse der Wasseraktien an der Londoner Börse drastisch ein. Die Titel haben seit Jahresbeginn ohnehin im Schnitt das Vermögen der Anleger halbiert. (...) Die Wasserwirtschaft macht für die Krise der Branche Ofwat-Chef Ian Byatt verantwortlich. [Ofwat ist die Regulierungsbehörde, die die schlimmsten Exzesse in der privatisierten Wasserwirtschaft verhindern soll; Anm.: BBU] Durch seine Preisvorgabe stehen die Firmen mächtig unter Ko-

stendruck, da sie in den kommenden Jahren viel Geld in das marode Leitungsnetz investieren und gleichzeitig die Tarife senken müssen. Die Regierung verweist im Gegenzug auf die satten vergangenen Gewinne der Branche. Rückenwind bekommt Labour dabei durch eine Studie, die im November veröffentlicht wurde. Danach machen die britischen Versorger in der Wasserwirtschaft weltweit die besten Gewinne. 'Die Wasserfirmen haben riesige Profite gemacht', sagt Umweltminister Michael Meacher, 'es gibt für sie durchaus andere Wege als die Preisvorgaben durch Entlassungen zu erfüllen'."

Weiter schreibt das HB, daß auch der Kauf von Wasserbetrieben im Ausland durch die britischen Wassergesellschaften "umstritten" sei (s. auch Fußzeilen auf S. 3):

"Für viele Kritiker ein teurer und risikoreicher Expansionskurs: Denn ähnlich wie in Deutschland wird das Wassergeschäft in Großbritannien traditionell eher regional gesehen. (...) Schon sehen Analysten die britische Wasserbranche als Übernahmebeute amerikanischer und deutscher Konkurrenz. Ein Banker: 'Für viele wäre dies wohl die Rettung'."

(aus BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 537 vom 18.12.1999)

Falls es noch Fragen gibt – dann bitte einfach melden:

Nikolaus Geiler (Dipl.-Biol., Limnologe)

E-Mail: ak-wasser@gmx.de

www.akwasser.de

Und Ansichtsexemplare des seit 1981 erscheinenden BBU-WASSER-RUNDBRIEFS können als pdf- oder Print-Version kostenfrei via ak-wasser@gmx.de angefordert werden.